

Staatszeitung

Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz



Herausgegeben von der Staatskanzlei im Auftrag der Landesregierung

Nr. 32 / 60. Jahrgang, Montag, 31. August 2009

Ausgabe A
Postvertriebsstück · Entgelt bezahlt · G 6436
Opernheimer Druckhaus GmbH 55232 Alzey

Nach der Krise folgt Nachtragsetat

Der Ministerrat hat den Finanzminister gebeten, den Entwurf eines Nachtragshaushalts vorzubereiten, der im Herbst vorgelegt werden soll. Das ist eine Konsequenz aus der Wirtschaftskrise, in der die Steuereinnahmen zurückgehen und der Bürgerschaftsrahmen und der Kreditrahmen für die Kommunen zur Umsetzung von K II erhöht werden müssen. Auch in den anderen Ländern werden entsprechende Haushaltsmaßnahmen vorbereitet.

Der Beschluss wurde nach intensiven Beratungen mit Repräsentanten der Kreditwirtschaft gefasst. Dabei wurde von den Sparkassen und Banken anerkannt, dass durch das Sonderprogramm „Für unser Land. Arbeitsplätze sichern – Unternehmen unterstützen – nachhaltig investieren“ richtige und wichtige Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz gesetzt wurden.

Der „Hahn“ kann Frankfurt entlasten

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck und Verkehrsminister Hendrik Hering haben die Entscheidung des hessischen Verwaltungsgerichtshofs zum geplanten Ausbau des Flughafens Frankfurt grundsätzlich begrüßt. „Die Zustimmung zur Erweiterung von Rhein-Main bringt zusätzliche wirtschaftliche Perspektiven für die gesamte Region“, sagten Beck und Hering. Gleichzeitig betonten beide, dass sie auch weiterhin die im Mediationsverfahren zugesagte Entlastung von Nachtflügen erwarteten. Die Grenze der Belastbarkeit sei im Rhein-Main-Gebiet erreicht. „Die Entscheidung der Richter, die im Planfeststellungsbeschluss festgelegte und umstrittene Zahl der Nachtflüge neu zu regeln, ist konsequent“, unterstrich Hering. Das Gericht hat sowohl die im Beschluss vorgesehene Zulassung von 17 Flügen zwischen 23 Uhr und 5 Uhr, als auch von durchschnittlich 150 Flügen in den so genannten Nachtrandstunden (22 bis 23 Uhr sowie 5 bis 6 Uhr) beanstandet. „Der Flughafen Frankfurt-Hahn mit seiner 24-Stunden-Genehmigung, guter Verkehrsanbindung und Infrastruktur ist eine attraktive Alternative, um Nachtflüge von Frankfurt zu übernehmen“, betonten Beck und Hering.

Konjunkturpaket hilft Handwerkern

In Rheinland-Pfalz profitieren Handwerker, Freiberufler und Wirtschaft schneller von den Mitteln aus dem Konjunkturpaket II als in anderen Bundesländern. Das ergab die Umfrage einer Tageszeitung in den Ländern nach der Höhe der schon abgerufenen Gelder beim Bund. Von Rheinland-Pfalz wurden bislang im Rahmen des Sonderprogramms „Für unser Land: Arbeitsplätze sichern, Unternehmen unterstützen, nachhaltig investieren“ 13,1 Millionen Euro abgerufen, das sind 2,8 Prozent der dem Land zustehenden Bundesmittel von 469 Millionen Euro. Ausgezahlt über das Land wurden an Handwerker, Freiberufler und Betriebe aktuell mehr als 16,2 Millionen Euro. Finanzminister Dr. Carsten Kühl sagte in Mainz, mit seinem hohen Anteil abgerufenen Bundesmittels liege Rheinland-Pfalz laut den Erhebungen an der Spitze.

Zahl der Patienten ist erneut gestiegen

Die Zahl der in den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern vollstationär behandelten Patienten ist 2008 erneut gestiegen. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Bad Ems zählten die Krankenhäuser rund 863 000 Behandlungsfälle, das waren 20 000 oder 2,2 Prozent mehr als im Vorjahr.



Mehr als 80 000 Gäste waren zum RPR1. Rheinland-Pfalz Open Air nach Mainz gekommen. Im Regierungsviertel rockten die finnischen Chartstürmer Sunrise Avenue, die britische Girlband Sugababes, dazu Daniel Schumacher und Sarah Kreuz, Gewinner und Zweitplatzierte der Castingshow „Deutschland sucht den Superstar“ (DSDS). Bis Mitternacht tanzten und sangen die Fans die Songs der Stars lauthals mit. Von überall reisten die Besucher zu dem rund neunstündigen Konzert unter freiem Himmel an. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (hier bei der Festivalschließung mit Landtagsvizepräsidentin Hannelore Klamm und der Mannschaft von RPR1.) hatte angekündigt, insbesondere jungen Musikfans mit schmalem Geldbeutel solle mit dem Festival ermöglicht werden, ihre Musikidole gratis zu erleben. Doch das Publikum war bunt gemischt, auch Familien und ältere Fans feierten mit. Für das kommende Jahr versprach Beck ein weiteres Konzert unter freiem Himmel
Foto: Herbert Piel

„Die Privatsphäre muss geschützt werden“ Landesregierung erteilt Auftrag zu Rechtsgutachten zu Internetdienst Google Street View

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat beschlossen, ein Gutachten zu Rechtsfragen, die den Internetdienst Google Street View betreffen, einzuholen. „Das Gutachten soll untersuchen, wie sich die Zulässigkeit des Vorgehens von Google Street View nach geltendem Recht beurteilt, insbesondere unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Bestimmungen, des Rechts am eigenen Bild, des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und des Schutzes der Privatsphäre“, betonte Justizminister Heinz Georg Bamberger.

Mit der Erstellung des Gutachtens sollen Professor Thomas Dreier und Professorin Indra Spiecker vom Institut für Informations- und Wirtschaftsrecht der Universität Karlsruhe beauftragt werden. Bamberger unterstrich, dass die vollständige Erfassung des Wohnumfeldes von Bürgerinnen und Bürgern und die weltweite Verbreitung über das Internet von vielen als persönliche Beeinträchtigung und als Einschränkung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung empfunden werde. Deshalb müssten die Möglichkeiten einer weiteren Stärkung der

Rechte der Betroffenen geprüft werden. „Die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger muss auch von Internet-Diensten respektiert werden“, so Bamberger.

Seit einigen Monaten wird in Deutschland Bildmaterial über Straßen und sonstige Orte erfasst, um diese Informationen über das Internet weltweit interessierten Nutzern zur Verfügung zu stellen. „Street view“ soll ergänzend zu den bereits derzeit vorhandenen Internetangeboten „Google maps“ und „Google earth“ eine zusätzliche Dimension der Wahrnehmung eröffnen, indem es Nutzern ermöglicht, einen Standort so zu betrachten, als stünde man selbst auf der Straße.

Derzeit werden entsprechende Aufzeichnungen über einzelne Straßenzüge vor allem in größeren Städten Deutschlands angefertigt. Nach Darstellung von Google handelt es sich in Rheinland-Pfalz um die Städte Mainz, Kaiserslautern, Koblenz, Trier und Worms, in denen entsprechende Aufzeichnungen erfolgen. Das Unternehmen arbeitet nach eigener Darstellung allerdings daran, in das Internetange-

bot „street view“ zukünftig auch weitere Gebiete einzubeziehen. Die Bildaufnahmen für Google Street View fertigen Spezialkameras mit einem 360-Grad-Objektiv. Die Kamera kann alle zwei Sekunden ein Foto schießen und so die relativ lückenlose Dokumentation eines Straßenzuges gewährleisten.

Da über das Internetangebot „street view“ das Verhalten einzelner Personen beobachtet und insbesondere auch das Wohnumfeld ausgeforscht werden kann, haben die Datenschutzbehörden der Länder eine Reihe von Maßnahmen gefordert, um den genannten Gefahren wirksam zu begegnen. Unter anderem haben die Datenschutzbehörden gefordert, dass die Gesichter von Personen und von Kfz-Kennzeichen unkenntlich gemacht werden müssen, auf Antrag auch die Rohdaten der Aufnahmen von Personen, Grundstücken oder Autos unkenntlich zu machen sind, ein Widerspruch auch bereits vor der Veröffentlichung eingelegt werden kann, und dass die Routen der Kamera-Autos zukünftig öffentlich angekündigt werden, bevor die Fahrzeuge in einer Stadt oder einer Region zum Einsatz kommen.

Tiefe Trauer um Adrien Zeller

Mit tiefer Trauer hat Ministerpräsident Kurt Beck die Nachricht vom Tod des langjährigen Präsidenten der Region Elsass, Adrien Zeller, aufgenommen.

Ministerpräsident Beck, der sich noch im vergangenen November mit Adrien Zeller in Straßburg getroffen hatte, würdigte die Verdienste des elsässischen Regionalratspräsidenten um die deutsch-französische Freundschaft und besonders um die Beziehungen zwischen Rheinland-Pfalz und dem Elsass.

„Uns hat mehr als eine gute Partnerschaft verbunden. Der Tod von Adrien Zeller bedeutet für mich den Verlust eines Freundes und langjährigen Weggefährten“, sagte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident. Zeller habe sich in den vergangenen Jahrzehnten „enorme Verdienste“ um das Elsass und weit über seine Grenzen hinaus erworben. Kurt Beck: „Adrien Zeller war ein leidenschaftlicher Europäer und ein sozial engagierter Politiker, der die deutsch-französische Zusammenarbeit wesentlich mit geprägt hat.“

Menschen können Natur barrierefrei erleben Umweltministerin Conrad weihte besonderen Naturerlebnispfad im Pfälzerwald ein

Umweltministerin Margit Conrad hat den ersten barrierefreien Naturerlebnispfad im nördlichen Pfälzerwald bei Ramsen eingeweiht. Damit wird ein Gewässer, der Eiswoog, in all seinen Facetten auch für Menschen mit Behinderung zugänglich gemacht. Von den Gesamtkosten des Projekts in Höhe von 325 000 Euro hat das Land 295.000 Euro übernommen.

Ministerin Conrad: „Der barriere-

freie Naturerlebnispfad macht das Kleinod Eiswoog auch für Menschen mit Behinderung erlebbar. Das Projekt verbindet den Schutz unserer Natur mit einer gelenkten, naturverträglichen Naherholung, die dem Anliegen eines sanften Tourismus Rechnung trägt. Es ist ein wichtiges Anliegen der Landesregierung für Menschen mit Behinderungen Teilhabe zu ermöglichen, Hürden abzubauen, Wege zu eb-

nen. Mit solchen Investitionen in der Natur betreten wir Neuland.“

Der Naturerlebnispfad bietet vor allem Menschen mit Seh- und Bewegungsbeeinträchtigungen die Möglichkeit, den See und sein Ufer barrierefrei zu erkunden und zu befahren.

So können Rollstuhlfahrer z.B. über eine besondere Liftanlage in ein speziell angefertigtes Boot gelangen und so den See unmittelbar erleben.

Hering: „Es gibt noch Lehrstellen“

Trotz Wirtschaftskrise gibt es nach Worten von Wirtschaftsminister Hendrik Hering immer noch freie Lehrstellen. Die Chance auf einen Ausbildungsplatz erhöhe sich deutlich, wenn sich Jugendliche für einen Beruf interessieren, der nicht zu den Top 10 der am meisten gewählten zähle, so der Politiker.

Mehr als 80 Prozent der Projekte bewilligt

Innenminister Karl Peter Bruch zieht eine erste positive Bilanz zum Konjunkturpaket II

„In der Zuständigkeit des Innenministeriums werden insgesamt 127 Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II umgesetzt. 105 Projekte, rund 83 Prozent, sind bereits bewilligt, für weitere vier Maßnahmen (drei Prozent) wurde eine Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Baubeginns zugelassen. Damit gelten rund 86 Prozent der Maßnahmen als „begonnen“, so die positive Bilanz von Innenminister Karl Peter Bruch zur Umsetzung des Konjunkturpakets II.

Entscheidend für den Erfolg des Programms sei nicht, wie viele Gelder bereits abgerufen wurden, sondern wie viele Anträge bewilligt seien. „Mit der Bewilligung wissen die Kommunen, dass ihnen das Geld zur Verfügung steht und sie direkt mit der Umsetzung beginnen können.“ Über 18 Anträge werde in den nächsten Wochen noch entschieden. Danach könne eine Zwischenbilanz mit detaillierten Angaben, beispielsweise zum förderfähigen Volumen, zu den Eigenanteilen der Kommunen, zu den zu bewilligenden Darlehen oder zum Anteil der öffentlichen Förderung gezogen werden, so Bruch weiter.

78,5 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II stehen dem Innenministerium insgesamt zur Verfügung. „Weit über 90 Prozent des Geldes gehen direkt an die Kommunen. Und wahrscheinlich können wir noch im Herbst dieses Jahres weitere kommunale Projekte, die bisher nicht zum Zuge kommen konnten, in das Sonderprogramm aufnehmen, da das Förder-



Innenminister Karl Peter Bruch zieht eine positive Bilanz zu Konjunkturpaket II.

volumen noch nicht vollständig ausgeschöpft ist“, stellte der Minister in Aussicht. „Es hat sich bewährt, dass wir die Anträge weitestgehend über die bereits bestehenden und bewährten Förderprogramme abgewickelt haben. Da die Fördervorschriften bekannt waren, konnten Anträge trotz der kur-

zen Fristen schnell gestellt und zeitnah bearbeitet werden“, sagte Bruch.

„Auch die zinsfreie Vorfinanzierung der kommunalen Eigenanteile über den Zukunftsinvestitionsfonds durch das Land – bezogen auf die förderfähigen Kosten – erleichtert den Kommunen die Umsetzung.“

Die Förderbereiche des Innenministeriums umfassen Investitionsstock, Städtebauliche Erneuerung, Dorferneuerung, Sportstättenförderung, Förderungen im Bereich Feuerwehr und Katastrophenschutz sowie im Bereich der kommunalen IT-Service-Infrastruktur. „Besonders im Investitionsstock und der Dorferneuerung werden viele kleinere Projekte realisiert. Von der Auftragsvergabe profitieren vorrangig kleine und mittlere Betriebe vor Ort, damit kommt die Förderung an der richtigen Stelle an“, so der Minister. Auch im Feuerwehr- und Katastrophenschutzbereich könnten durch das Sonderprogramm wichtige Vorhaben schneller als geplant umgesetzt werden: „So kann beispielsweise die integrierte Leitstelle in Landau im Technikbereich nur mit Hilfe des Konjunkturprogramms II kurzfristig realisiert werden. Auch die Erweiterung der integrierten Leitstelle in Mainz, wodurch zwei neue Arbeitsplätze entstehen, wäre ohne das Konjunkturprogramm II nicht möglich gewesen“, fasst Bruch zusammen.

Die Liste sowie weitere Informationen zum KII-Paket finden Sie auf den Homepages der einzelnen Ministerien, zusammenfassend unter www.fm.rlp.de.



Ministerpräsident Kurt Beck empfing in der Mainzer Staatskanzlei den neuen bulgarischen Botschafter Ivo Petrov. Foto: Stefan Sämmer

Nicht nur im Bereich Justiz enger zusammenarbeiten

Ministerpräsident Beck empfing bulgarischen Botschafter

Ministerpräsident Kurt Beck hat den Botschafter von Bulgarien Ivo Petrov zu seinem Antrittsbesuch empfangen. Ein Gesprächsthema war u. a. die Zusammenarbeit der beiden Länder im Bereich der Justiz. Ministerpräsident Beck wies darauf hin, dass 2007 eine Erklärung über die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Rheinland-Pfalz mit der Staatsanwaltschaft Plovdiv in der Strafrechtspflege durch Fortbildungsveranstaltungen, Unterstützung bei Ermittlungsverfahren und Hospitationsaufenthalte für Staatsanwälte unterzeichnet worden sei.

Auch im Bereich der Kultur sowie der Wissenschaft und der Schulen bestünden Kooperationen, sagte der Ministerpräsident. In diesem Zusammenhang erörterte die Gesprächspartner, die Einrichtung eines Demokratieunterrichts in den deutschsprachigen Schulen in Bulgarien. Ministerpräsident Beck sagte die Unterstützung der

Landesregierung von Rheinland-Pfalz bei einem solchen Projekt zu.

Ein weiteres Thema war die zukünftige Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rheinland-Pfalz und Bulgarien. Das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern beträgt zurzeit 181 Millionen Euro. 2008 wurden Produkte im Wert von 141 Millionen Euro aus Rheinland-Pfalz nach Bulgarien ausgeführt. Das war eine Steigerung um 17 Prozent zum Vorjahr. Zu den Hauptausfuhrgütern zählten Lastkraftwagen.

Ministerpräsident Beck und Botschafter Petrov erörterten zudem die Absicht von Bulgarien, 2010 dem Schengen-Raum und 2012 der Euro-Zone beizutreten.

An dem Besuch des Botschafters bei dem Ministerpräsidenten nahmen auch Honorarkonsul Dr. h.c. Karl-Jürgen Wilbert sowie der Leiter der Außenstelle der Botschaft in Bonn Stefan Dimitrov teil.

Joachim Russ ausgezeichnet

Ministerpräsident überreichte Verdienstmedaille des Landes

Während einer Feierstunde in der Staatskanzlei hat Ministerpräsident Kurt Beck den langjährigen Präsidenten der Stresemann-Gesellschaft, Joachim Russ, mit der Verdienstmedaille des Landes Rheinland-Pfalz ausgezeichnet. Russ ist seit 30 Jahren Mitglied der Stresemanngesellschaft und war von 1992 bis 2008 zusammen mit Professor Dr. Walter Rudolf deren Präsident.

In der Feierstunde sagte Ministerpräsident Kurt Beck: „In der Zeit Ihrer Präsidentschaft haben Sie sich in außerordentlicher Weise für die Stresemanngesellschaft engagiert. Ihre vielfältigen Kontakte zu Bundespolitikern öffnete Ihnen den Weg zu hochrangigen Persönlichkeiten, die Sie für die Stresemanngesellschaft gewinnen konnten. Ich nenne hier nur den früheren Bundespräsidenten Walter Scheel, den letzten DDR-Außenminister Markus Meckel sowie Professor Peter Klotz. Auch am Zustandekommen der Feierstunden aus Anlass der Verleihung der Stresemann-Medaille in Gold an die französische Ministerin Simone Veil, den polnischen Außenminister Wladislaw Bartoszewski und an den

portugiesischen Staatspräsidenten a.D. Dr. Mario Soares waren Sie maßgeblich beteiligt. Sie haben damit zu dem hohen Ansehen der Stresemann-Gesellschaft beigetragen.“

Hohe Verdienste habe sich Joachim Russ auch bei der Erhaltung des Grabes von Gustav Stresemann in Berlin erworben. Beck weiter: „Ebenfalls vorbildhaft ist Ihr Werben um das Interesse junger Menschen. Mit Ihrer Arbeit halten Sie die Verdienste von Gustav Stresemann um den deutsch-französischen Ausgleich und das Zusammenwachsen Europas wach.“

Darüber hinaus sei Joachim Russ kommunalpolitisch engagiert. Er gehöre seit 1999 dem Rat der Stadt Meckenheim an.

Die Stresemanngesellschaft wurde 1955 in Mainz gegründet. 1960 wurde die Gedenkstätte im ehemaligen kurfürstlichen Zeughaus errichtet. Das Zeughaus ist heute Sitz der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei. Die Gedenkstätte dient dem rheinland-pfälzischen Kabinett als Sitzungssaal und ist Raum für öffentliche Veranstaltungen der Stresemanngesellschaft und des Landes.



Der Autobahnkorridor zwischen Köln und Koblenz zählt zu den am stärksten belasteten in Rheinland-Pfalz. Ein neues Verkehrsleitsystem soll künftig die Verkehrsströme auf den Autobahnen A 61 und A 3 zwischen Köln und Koblenz besser steuern. Foto: Thomas Frey

Neues Leitsystem für Autobahnen freigegeben

Staatssekretär Schweizer: Moderne Technik lenkt Verkehrsströme auf A 61 und A 3

Ein neues Verkehrsleitsystem soll künftig die Verkehrsströme auf den Autobahnen A 61 und A 3 zwischen Köln und Koblenz besser steuern. „Mit der modernen technischen Anlage können die Verkehrsverhältnisse auf dem stark belasteten Autobahnkorridor erfasst und die Routenauswahl durch die Autofahrer optimiert werden“, sagte Verkehrsstaatssekretär Alexander Schweizer bei der Freigabe der so genannten Netzbeeinflussungsanlage in Koblenz.

Der Autobahnkorridor zwischen Köln und Koblenz zählt zu den am stärksten belasteten in Rheinland-Pfalz. Sowohl auf der A 61 als auch der A 3 sind zum Teil mehr als 70 000 Fahrzeuge täglich unterwegs, bis zu 30 Prozent davon sind Lkw. Verkehrsstörungen durch Unfälle oder Baustellen wachsen in diesen Abschnitten schnell zu massiven Staus an. Die Länder Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen haben deshalb gemeinsam

ein Leitsystem im Autobahnnetz aufgebaut.

Über „Induktionsschleifen“ in der Fahrbahn werden dabei die aktuellen Verkehrsbelastungen permanent ermittelt. Eine spezielle Software analysiert die Verkehrsdaten, erkennt hierbei überlastete Streckenabschnitte und kann mittels Vergleich der Reisezeiten auf der Original- und der Alternativroute die zeitlich kürzere Route ermitteln. Diese Information wird sowohl über den Rundfunk als auch auf so genannten „dynamischen Wegweiser“ im Zuge der Autobahn an die Verkehrsteilnehmer weiter gegeben.

Insgesamt werden sechs Wegweiser, montiert an Schilderbrücken über der Fahrbahn, in Fahrtrichtung Norden vor dem Autobahnkreuz Koblenz (je zwei auf der A 48 und zwei auf der A 61) und vor dem Dernbacher Dreieck auf der A 3 platziert. Die Kosten für die Verkehrsdatenerfassung, die baulichen Anlagen und die erforderliche

Software betragen insgesamt rund 3,4 Millionen Euro, finanziert aus den Mitteln des Bundes und bezuschusst von der EU aus dem Programm für Transeuropäische Netze.

„Wir sehen diese Anlage auch als Baustein des europäischen Verkehrssystems, das in Zukunft stärker als bisher die intelligente Straße nutzen muss, um leistungsfähig zu bleiben“, sagte Schweizer. Die Kosten sind in Relation zu sehen zu den über 30 Millionen Fahrzeugen, die den Korridor im Jahr befahren. Die Wegweiser sind gekoppelt mit den Anlagen in Nordrhein-Westfalen im Raum Köln, die die Verkehrslenkung in Fahrtrichtung Süden übernehmen. Die Wegweiser des Leitsystems Köln-Koblenz sind die ersten dynamischen Wegweiser mit integrierten Stauinformationen in Rheinland-Pfalz. Weitere Netzbeeinflussungsanlagen, insbesondere für den Mainzer Ring und den Rhein-Neckar-Raum, sollen in den nächsten Jahren folgen.

Beck: Reservisten beruflich fortbilden

Ministerpräsident schlägt Verteidigungsminister Qualifizierungsprogramm vor

„Die Reservistenzeit bei der Bundeswehr ermöglicht eine berufliche Qualifizierung, die von mehr Menschen genutzt werden könnte.“ Das erklärte Ministerpräsident Kurt Beck. Aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise befindet sich derzeit eine große Zahl von gut qualifizierten Arbeitnehmern in Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit. In einem Schreiben

an Bundesverteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung schlug Ministerpräsident Beck spezielle Qualifizierungsprogramme vor, um den Bedarf des Neuen Heeres von 35 000 Reservisten schneller zu decken. Er höre oft, dass der Bedarf an gut qualifizierten Fachleuten (Handwerker, IT-Spezialisten, Fremdsprachenkorrespondenten etc.) erst zu 37 Prozent gedeckt sei. Beck

berichtete weiter, dass er in Gesprächen mit Arbeitgebern immer wieder darauf hinweise, dass die Reservistentätigkeit auch Qualifizierung bedeute und für eine großzügige Freistellungspraxis eintrete. In der derzeitigen Situation sollte die Ableistung von Wehrübungen aber eigentlich leichter sein als in Zeiten mit dichterem Auftragslage.

StaatsZeitung

erscheint einmal wöchentlich

Herausgeber: Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz.

Druck und Verlag: Oppenheimer Druckhaus GmbH, Kaiserstraße 68, 55232 Alzey.

Redaktion für die StaatsZeitung: Rolf Becker, Monika Fuhr, Michael Maurer (Koordination), Walter Schumacher (verantwortl.).

Redaktion für Staatsanzeiger: Bettina Luckas, Elisabeth Saller, Gottfried Huba (verantwortl.) – (alle Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz). Der Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz – Amtliche Bekanntmachungen – ist ständige Beilage der StaatsZeitung – Ausgabe A –.

Redaktionelle Zuschriften sind an die Redaktion der StaatsZeitung, Amtliche Bekanntmachungen oder Veröffentlichungen sind an die Redaktion des Staatsanzeigers,

jeweils Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, zu richten. StaatsZeitung: Tel.: 0 61 31 / 16 46 88, Fax 0 61 31 / 16 46 91. Internet-Adresse: www.stz.stk.rlp.de; E-Mail: staatszeitung@stk.rlp.de. Staatsanzeiger: Tel. 0 61 31 / 16 47 53, Fax: 0 61 31 / 16 40 70.

Bei Satzfehlern entsteht in keinem Fall Anspruch auf Schadenersatz; es kann nur die Aufnahme einer Ersatzanzeige verlangt werden. Bezugspreis jährlich 23,52 Euro zuzüglich 1,- Euro Einweisungsgebühr. Die Auslieferung von Einzelstücken erfolgt über das Landeshauptarchiv, Karmeliterstraße 1-3, 56013 Koblenz.

Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Landesregierung hoheitsrechtlich tätig ist. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.



Herausgeber: Der Präsident des Landtags
Redaktion: Dieter Lang (verantwortlich)

Internet-Adresse: <http://www.landtag.rheinland-pfalz.de>
E-Mail-Adresse: Pressestelle@landtag.rlp.de

Redaktionsanschrift: Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz
Telefon: 0 61 31 / 20 80, Durchwahl 2 08-22 10 oder 2 08-24 17

Europäische Erinnerungskultur schaffen

Landtagspräsident Mertes zum 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs

Für die Entwicklung einer europäischen Erinnerungskultur setzt sich Landtagspräsident Joachim Mertes am 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs ein, der mit dem Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 begonnen hatte. Aus der Erinnerung an die millionenfachen Opfer der menschenverachtenden Weltanschauung der Nationalsozialisten und deren verbrecherischem Vernichtungskrieg erwachse eine bleibende Verantwortung für die Zukunft.

Dabei sei für die heutige Generation der Zweite Weltkrieg inzwischen soweit entfernt wie Jahrhunderte zurückliegende Ereignisse. Um den Nationalsozialismus und den Holo-

caust zu begreifen, genüge nicht allein das Wissen um historische Fakten. Vielmehr müsse es gelingen, für junge Leute die Vergangenheit auch emotional erlebbar zu machen, besonders durch Zeitzeugen und Erinnerungsorte. Auf diese Weise eine europäische Erinnerungskultur zu schaffen, sei dringend notwendig, aber auch eine große Herausforderung. Dazu könne konkret auch im Rahmen des bestehenden Partnerschafts-Netzwerkes zwischen Opatowitz, Mittelböhmen, Burgund und Rheinland-Pfalz beigetragen werden, erklärte Mertes.

Der europäische Weg nach dem Zweiten Weltkrieg zeige, dass Versöhnung und Frieden möglich seien, dass Misstrauen ab- und Vertrauen

aufgebaut werden könne. Darüber hinaus bleibe Europa aufgefordert, global gegen neues Unrecht, Terror und Gewalt in der Welt einzutreten, denn Erinnerung dürfe nicht zu einem leeren Ritual verkommen, sondern müsse stets praktisches Handeln beinhalten, betonte Mertes. Nur so werde das Versprechen des „Nie wieder!“ auch künftig glaubwürdig bleiben.

Dass Polen und Deutsche heute in einem geeinten Europa friedlicher Völker leben könnten, sei ein großes Glück, für das die Politik wie die Menschen weiter arbeiten müssten. „Nichts kommt von selbst, sondern wir müssen aus der Erinnerung heraus in Gegenwart und Zukunft richtig handeln.“, so Mertes.

Dialog mit jungen Menschen

Zum 7. Mal besuchen Abgeordnete die Schulen des Landes

Bereits zum 7. Mal findet in diesem Jahr am 9. November 2009 der landesweite Besuchstag der Abgeordneten in den Schulen des Landes statt. Für Landtagspräsident Joachim Mertes hat sich der Besuchstag zu einer festen Institution entwickelt. Weit über 30 000 Schülerinnen und Schüler nutzen bisher die Möglichkeit in direktem Kontakt mit den Abgeordneten zu kommen und über viele Aspekte unserer Geschichte zu diskutieren.

Mit dem Schulbesuchstag will der Landtag bewusst anknüpfen an die glücklichen und tragischen Momente deutscher Geschichte, die der 9. November in sich vereint. Sie können Ausgangspunkte der Gespräche sein. Zum einen können an diesem Datum mit der Ausrufung der ersten deutschen Republik 1918 und dem Fall der Mauer vor 20 Jahren wichtige Meilensteine der demokratischen Entwicklung gefeiert werden.

Zum anderen bleibt der 9. November verbunden mit der Reichspogromnacht 1938 und den Schrecken der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Dieser Tag bietet sich insgesamt an, über Lehren aus unserer Geschichte und über Grundwerte und Probleme der Demokratie zu informieren und zu diskutieren.

Vor 60 Jahren wurde die Bundesre-

publik Deutschland gegründet. Damit war jedoch für Jahrzehnte auch die deutsche Teilung besiegelt. Die Westdeutschen hatten das Glück frei in einer Demokratie leben zu können, die Ostdeutschen hingegen unterdrückt in einer kommunistischen Diktatur. Mit den Demonstrationen im Herbst 1989 und bei Öffnung der Mauer am 9. November 1989 - also vor genau 20 Jahren - begann die friedliche Revolution, die 1990 zur staatlichen Einheit führte.

Es bietet sich daher besonders an, die deutsche Teilung und die Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur zu beleuchten.

Landtagspräsident Mertes hat sich bereits persönlich an die Schulen des Landes gewandt. Bis zum 4. September 2009 können die Schulen mitteilen, ob Interesse an einem Abgeordnetengespräch besteht. Auch in diesem Jahr werden wieder rund 170 Schulen erwartet, die an diesem Besuchstag teilnehmen.

Für Anmeldungen und Rückfragen in dieser Angelegenheit steht Ihnen der Leiter der Öffentlichkeitsarbeit gerne zur Verfügung: Hans-Peter Hexemer, Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz, Telefon: 06131 / 208 - 2206, Fax: 06131 / 208 - 2263, E-Mail: Hans-Peter.Hexemer@landtag.rlp.de.

Abschlussbericht zum Klimawandel vorgestellt

Folgen stärker für Planungen beachten fordert Enquete-Kommission



Branchen, bei der Gesundheitsvorsorge und beim Umweltschutz spürbar werden.

Die Folgen des Klimawandels müssten etwa noch stärker in die Planungen für Hochwasser- und Naturschutz einfließen, sagte der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Thomas Gebhart (2. v. re.). So sei der Naturschutz beispielsweise noch zu stark daran ausgerichtet, das Bestehende zu erhalten. Dabei werde nicht beachtet, dass durch den Klimawandel mehr Tiere und Pflanzen einwandern werden. Die umweltpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Uta Schellhaaß (links), forderte, das veränderte Klima bei der Städteplanung stärker zu berücksichtigen. Dabei geht es etwa um Frischluftschneisen und Grünanlagen, um besonders heiße Sommer für die Menschen erträglicher zu machen.

Nach einem Vorschlag der Kommission sollen Experten in Rheinland-Pfalz künftig in einem „Klima-Kompetenzzentrum“ zusammenarbeiten - als zentraler Anlaufpunkt für Forschung, Information und Beratung. Die Kosten des Klimawandels seien in dem Gremium nicht behandelt worden. „Dies wäre ein Thema für eine weitere Kommission“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der Kommission, Alexander Licht (CDU, 4. v. re.).

Foto: Klaus Benz

Nach knapp zwei Jahren Arbeit und 18 Sitzungen hat die Enquete-Kommission „Klimawandel“ des rheinland-pfälzischen Landtags ihren rund 200 Seiten starken Abschlussbericht vorgestellt. Das Gremium hatte unter anderem die Meinung zahlreicher Experten eingeholt, wie sich der Klima-

wandel auf Rheinland-Pfalz auswirken wird. Im Vergleich zu vielen anderen Regionen der Welt sei das Land in weiten Teilen zwar „nur moderat betroffen“, sagte die Vorsitzende der Kommission, Margit Mohr (SPD, 3. v. re.). Dennoch würden die Folgen auch hier unter anderem bei zahlreichen

Neues Beamtenrecht notwendig

komba gewerkschaft im Gespräch mit CDU-Landtagsfraktion



Der Handlungsbedarf für den Landesgesetzgeber zur Gestaltung des Beamtenrechts sei durch die Föderalismusreform drängend geworden. Mit dem Inkrafttreten des Dienstrechtsneuerordnungsgesetzes zum 1. April 2009 seien bereits Teile des Beamtenrechts unseres Landes ungültig geworden. Die komba gewerkschaft und der dbb Rheinland-Pfalz haben frühzeitig eigene Vorschläge für Neuregelungen vorgelegt.

Gegenüber dem Arbeitskreis Innenpolitik der CDU-Fraktion erläuterte komba Landesvorsitzender Rolf Führ das von komba und dbb konzipierte Eckpunktepapier. Er sprach sich dafür aus, eine Mindestübereinstimmung des Beamtenrechts zwischen den Ländern zu erreichen. Für die CDU-Fraktion sprach sich deren innenpolitische Sprecher, Michael Hörter, ebenfalls für eine solche Abstimmung, zumindest mit den Nachbarländern, aus. Hörter sagte dies auch mit Blick auf den Besoldungswettbewerb und die Frage der Einstiegslaufbahn zu.

Bei der Gestaltung des neuen Laufbahnrechts ist für komba Rheinland-Pfalz der bayerische Entwurf beispielhaft. Dort ist die Abkehr von den bisher vier Laufbahngruppen zugunsten einer einstufigen Laufbahngruppe vorgesehen. Hierzu gehöre das Modell der Einstiegslaufbahn, das entsprechend dem schulischen und beruflichen Abschluss die Zuordnung zu der Eingangsbesoldungsgruppe regle. Ein Aufsteigen sei zum einen durch die Übernahme entsprechend bewerteter Dienstposten als auch durch das Absolvieren zusätzlicher Qualifizierungsmaßnahmen möglich.

Die komba Gewerkschaft erläuterte

ihre Vorschläge für ein zeitgemäßes Besoldungs- und Versorgungsrecht. Es müsse dabei bleiben, dass die Honorierung von Leistung in erster Linie durch Beförderung erfolge. Die demografische Entwicklung führe bereits heute zu einem Bewerbermangel in einigen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Die Gesprächsteilnehmer stimmten darin überein, dass der öffentliche Dienst für qualifizierte junge Menschen attraktiv sein müsse. Nur so könne die Qualität öffentlicher Dienstleistung in Zukunft gehalten werden. Im Versorgungsrecht fordert die komba, dass nach 40 Jahren das volle Ruhegehalt gezahlt wird, auch wenn die Regelaltersgrenze noch nicht erreicht ist.

Bei der von der Landesregierung geplanten Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes hält es die komba gewerkschaft vor allem für erforderlich, dass der Ausbau der „Vertrauensvollen Zusammenarbeit“ den Entwicklungen der letzten Jahre angepasst wird. Weiterhin müssten die Änderungen im Tarifbereich Berücksichtigung finden. Die komba Vertreter sprachen sich gegenüber der CDU-Fraktion dafür aus, dass die Gewerkschaften frühzeitig in das Gesetzgebungsverfahren einbezogen werden.

Seitens der komba gewerkschaft nahmen an dem Gespräch neben dem Landesvorsitzenden Rolf Führ die stellvertretenden Landesvorsitzenden Bardo Kraus und Torsten Bach sowie der Ehrenvorsitzende Klaus Geiser teil. Für die CDU-Landtagsfraktion nahmen die Abgeordneten Bernhard Henter, Michael Hörter, Peter Dincher, Herbert Schneiders, Thomas Günther und Matthias Lammert teil.

Solidarität mit den Mitarbeitern bekundet

SPD-Landtagsfraktion besuchte Opel-Werk in Kaiserslautern

Im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ besuchten die Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion das Opel-Werk in Kaiserslautern. Die Parlamentarier mit dem Fraktionsvorsitzenden Jochen Hartloff an der Spitze waren auch gekommen, um gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Unterstützung beim Kampf um den Erhalt des Werkes zu dokumentieren.

Empfangen wurden die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vom Direktor des Werkes Rainer Bruns und dem Vorsitzenden des Betriebsrates Alfred Klingel. Zunächst stellte Direktor Bruns das Werk vor und betonte, dass die Logistik von und zum Werk einen wichtigen Aspekt darstellt. So erfuhren die Politiker, dass 80 Prozent der Transporte umweltschonend auf der Schiene abgewickelt werden. Das Versandvolumen beträgt 380 000 Teile pro Tag. Diese sind auf 70 Waggon- und 150 Lkw-Ladungen verteilt, wobei ein großer Anteil Teile für das Opel-Erfolgsmodell „Insignia“ betrifft.

Der Vorsitzende der Fraktion Jochen Hartloff sagte die ideologiefreie Unterstützung der Fraktion und der von ihr getragenen Landesregierung für das Unternehmen zu. Er unterstrich die Wichtigkeit des Werkes in Kaiserslautern für das Land. Man werde alles unternehmen, um so viele Arbeitsplätze wie möglich zu sichern.

Alfred Klingel stellte den Abgeordneten den Betriebsrat des Werks vor. Von großem Interesse waren dabei die Arbeit des Europabetriebsrates und der geschlossene Zukunftsvertrag zur Standorticherung.

Wirtschaftsminister Hendrik Hering nannte noch einmal die Gründe,



weshalb die rheinland-pfälzische Landesregierung einen Einstieg von Magna bei Opel vorziehe: Das Werk Kaiserslautern profitiere am meisten von dieser Lösung.

Im anschließenden Rundgang durch das Werk machten sich die Fraktionsmitglieder selbst einen Eindruck von

der Arbeit am Standort Kaiserslautern. Besonders beeindruckte die Automatisierung der Teilproduktion und der Einsatz der riesigen Pressen. Bei dieser Gelegenheit fand auch eine mögliche Investitionsförderung des Landes für das Presswerk Erörterung.



Bittere Not trieb die Menschen im 19. Jahrhundert außer Landes

Vortragsveranstaltung beschäftigte sich mit der Auswanderung nach Brasilien – Thema wird den Landtag weiter beschäftigen

Es war bisher eher eine Angelegenheit für Spezialisten, die durch ihre Familiengeschichte einen persönlichen Bezug zu dem Thema haben. Als im 19. Jahrhundert viele Menschen aus purer wirtschaftlicher Not Deutschland für immer verließen, gründeten die Auswanderer aus dem Hunsrück und der Pfalz vornehmlich im südlichen Brasilien neue Siedlungen.

Die Kontakte, die sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zwischen den von Deutschstämmigen geprägten Gruppen und Gemeinden in Brasilien und den heute rheinland-pfälzischen Heimatregionen ihrer Vorfahren entwickelten, rückte Landtagspräsident Joachim Mertens nun durch eine Vortragsveranstaltung im Landtag in ein öffentliches Licht.

Ein voll besetzter Plenarsaal und die ebenso dicht besetzten Plätze auf den Zuschauertribünen zeigten es bei der Veranstaltung „Die Auswanderung aus den Gebieten des heutigen Rheinland-Pfalz nach Brasilien“. In Rheinland-Pfalz befassen sich erstaunlich viele Menschen mit dem Thema und bemühen sich mit viel persönlichem Engagement um Kontakte zu den deutschstämmigen Brasilianern, die ihr deutsches Erbe von Anbeginn und in vielen Fällen bis heute pflegen.



Ausstellungsstücke, die den Weg zurück in ihre alte Heimat gefunden haben.



Dies zeigt sich nicht zuletzt durch den Erhalt des Dialekts ihrer Herkunftsregion. Doch „die Auswanderung war keine romantische Urlaubsreise, die Menschen standen vielmehr unter dem Druck der sozialen Auslese“, verwies Mertens in seiner Begrüßungsrede auf die schwierigen Verhältnisse, unter denen die Auswanderer seinerzeit ihre beschwerliche Reise auf den amerikanischen Kontinent antraten.

Schon das Geld für die Schiffspassage aufzubringen, war ein Problem

für die Ausreisewilligen, erläuterte der Landtagspräsident und schilderte das Beispiel aus seiner Heimatgemeinde Buch. Dort musste die Gemeinde den Emigranten durch das Abholzen von Waldflächen die benötigten Mittel beschaffen helfen – die entsprechende Flur heiße bis heute „Brasilia“.

Mertens verwies auf die Ausstellungen in einigen rheinland-pfälzischen Einrichtungen, die sich mit der Auswanderung aus den hiesigen Regionen befassen, so das Auswanderer-Museum Oberalben und das Hunsrück-Museum in Simmern, „aber auch von anderen Museen gibt es viel Hilfe bei der Aufarbeitung der Geschichte“, betonte Mertens.

Erinnert wird 2009 an den 185. Jahrestag der ersten Auswanderungswelle nach Brasilien im Jahre 1824. Mertens konnte acht Referenten begrüßen, die verschiedene Aspekte der Geschichte der Auswanderung und der deutsch-brasilianischen Kontaktpflege der heutigen Zeit beleuchteten, sowie viele weitere Gäste, darunter Generalkonsul Cezar Amaral.

Roland Paul vom Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde (Kaiserslautern) verwies darauf, dass aus 352 Dörfern, aber auch einigen Städten des heutigen Rheinland-Pfalz insgesamt über 1600 Personen im 19. Jahrhundert den Weg ohne Rückfahrtschein nach Brasilien antraten. Die erste Periode dieser Auswanderungswelle endete sechs Jahre nach ihrem Beginn im Jahr 1830, eine zweite folgte Mitte der 40er-Jahre des 19. Jahrhunderts.

„Oft waren die Ankömmlinge enttäuscht von dem, was sie vorfanden“, erläuterte Paul. Denn von Anwerbern zugesagte Unterstützungen und Privilegien des brasilianischen Staates blieben zumeist aus.

Konzentriert war die Zuwanderung aus Deutschland von Beginn an auf die südlichsten Bundesstaaten Santa Catarina und vor allem Rio Grande do Sul mit der Hauptstadt Porto Alegre. Insgesamt ließen sich bis 1830 rund 7000 Deutsche in der Region nieder.

Viele kamen wirtschaftlich recht gut zurecht, denn sie durften steuerfrei bestimmte landwirtschaftliche Produkte verkaufen und fanden in Porto Alegre reichlich Abnehmer. Kaffeeanbau war zwar nicht gestattet, aber auch Mais, Bohnen, Tabak, Melonen und Orangen brachten gute Einkommen. „Schlechter ging es denen, die in den Urwald mussten“, schilderte Paul. Unter anderem Auseinandersetzungen mit Indianern erschwerten hier das Leben.

Die Anzahl der deutschstämmigen Brasilianer schätzt Paul heute auf rund vier Millionen, 450 000 Bewohner von Rio Grande do Sul sprachen deutsch, vor allem westpfälzische und Hunsrücker Mundart. In Bräuchen, vor allem aber im Festhalten am Volksliedergut spiegelt sich der Wille der heutigen deutschstämmigen Brasilianer wider, ihre Wurzeln weiter zu pflegen.

Auf deutscher Seite leisten dies die Hunsrücker am besten, sagte Paul. Einen starken Anstoß für stärkere Kontakte, die von Rheinland-Pfalz aus nach Brasilien reichen, gab dem Referenten zufolge der damalige Kultusminister Bernhard Vogel bei der 150-Jahr-Feier der ersten Auswanderungswelle im Jahr 1974.

Heute ist die Pflege der Beziehungen nach Brasilien ohne die vielen Menschen in Rheinland-Pfalz, die meist auf der Suche nach ihren Vorfahren auf die Auswanderungsgeschichte(n) stoßen, nicht denkbar. Verschiedene Initiativen präsentierten im Landtag ihre Arbeit.



Bittere Not zwang viele Menschen im 19. Jahrhundert zur Auswanderung. Ein voll besetzter Plenarsaal und die ebenso dicht besetzten Plätze auf den Zuschauertribünen zeigten es bei der Veranstaltung „Die Auswanderung aus den Gebieten des heutigen Rheinland-Pfalz nach Brasilien“. In Rheinland-Pfalz befassen sich erstaunlich viele Menschen mit dem Thema und bemühen sich mit viel persönlichem Engagement um Kontakte zu den deutschstämmigen Brasilianern, die ihr deutsches Erbe von Anbeginn und in vielen Fällen bis heute stark pflegen. Fotos: Klaus Benz

Der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Rheinböllen, Franz-Josef Lauer, ist einer der Motoren der Kontakte, die die „Brasilienfreunde Rheinböllen“ nach Südamerika pflegen. „Von etwa 2000 Einwohnern sind im Jahr 1848 immerhin 114 Seelen nach Brasilien ausgewandert“, erläuterte Lauer die Bedeutung des Massensexodus der Deutschen für die Stadt. „Haben sie ihr Glück in Brasilien gefunden? Ich glaube, ja“, sagte er.

Der Besuch eines Männerchores aus Porto Alegre und einer Volkstanzgruppe begründeten zu Beginn der 90er-Jahre die intensiveren Kontakte nach Rio Grande do Sul. In der Stadt Passo Fundo weihen die „Brasilienfreunde“ bei einer Reise ein Denkmal ein, das an die deutschen Wurzeln eines bedeutenden Teils der der Bevölkerung des Bundesstaates erinnert.

Bei den Besuchen jüngerer Datums stellte Lauer fest, dass die Deutschkenntnis bei der jüngsten Nachfargeneration spürbar abnehmen. „Wenn sich Land, Bund und das Goethe-Institut mehr in der Region engagieren würden, wäre das schön“, schloss der VG-Bürgermeister daher seinen Vortrag.

Eine ganz persönliche neue Verbindung zwischen dem Hunsrück und Südbrasilien schilderte Klaus Fröhlich aus Damscheid. Sein Sohn Peter wohnt heute in Brasilien, wo er mit seiner deutschstämmigen Frau zusammen inzwischen ein Kind aufzieht. Eine Familienvereinigung auf die besondere Art ist dies, denn die beiden haben einen gemeinsamen Urahn: Wilhelm Fröhlich, der bis 1818 in Spabrücken lebte. Dessen Sohn Johann wanderte 1852 mit Frau und Kindern nach Brasilien aus.

Klaus Fröhlich, an der Ahnenforschung interessiert, war 1994 erstmals mit einer Delegation aus dem Hunsrück in Brasilien. Dort, stellte er fest, gibt es seinen Familiennamen heute rund 3000 Mal – und sogar „Fröhlich-Treffen“. Inzwischen stand Klaus Fröhlich bereits vor der verfallenen Hütte und den Gräbern seiner Urahnen.

Ein Mitglied des brasilianischen Chores „Espresso 25“, der 2006 den Hunsrück besuchte, war auch eine Nachfahrin des Auswanderers Johann Fröhlich. Natürlich kam es zu einem Familienabend, bei dem Renata und Peter Fröhlich sich kennen lernten. „Er hat sich sofort verliebt“, berichtete Vater Klaus.

In Hargesheim trifft sich regelmäßig die Bezirksgruppe Rhein-Nahe-Hunsrück der „Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde“, von deren Arbeit Sabine Borlinghaus berichtete. Mit dem Experten Manfred Lehwalter aus Bingen-Dromersheim in ihren Reihen, analysiert die Gruppe unter anderem die Passagierlisten der Schiffe, die die Auswanderer für ihre Überfahrt bestiegen.

Die sind allerdings oft unendlich geschrieben und auch inhaltlich nicht immer zuverlässig: Manche falsche, oft wohl dem Dialekt der Auswanderer geschuldete Schreibweise der von diesen angegebenen Namen ihrer Herkunftsdörfer erschwert die Forschung oder führt gar auf eine falsche Spur, berichtete Borlinghaus. Dennoch: „Offenbar hat jeder aus der Gegend, der noch keine Verwandten in Brasilien hat, nur noch nicht intensiv genug nach ihnen geforscht“, schilderte sie

ihren Eindruck von der vielfältigen Verbindung besonders des Hunsrücks nach Südamerika.

Ganz spezielle Ergebnisse haben die Aktivitäten des „Vereins der Brasilienfreunde Simmern“ hervorgebracht, der von der Volksbank Hunsrück-Nahe und deren Vorstandler Otto Mayer unterstützt und geleitet wird. Ein vor einigen Jahren erschienenen, 2000-seitiges, auf portugiesisch und deutsch erschienen Werk beleuchtet alle denkbaren Aspekte der Beziehungen zwischen dem Hunsrück und den Deutschstämmigen in Brasilien.

In drei, ohne Kopierschutz versehenen DVD-Schubern liegt das Werk inzwischen digitalisiert vor – nun auch im Landtags-Archiv, denn Mayer überreichte Landtagspräsident Joachim Mertens das Gesamtwerk. Es zeigt die Informationen beim Aufruf jeweils in beiden Sprachen parallel an.

Mayer hatte bei seinen Besuchen in Brasilien übrigens keine Verständigungsschwierigkeiten, wie er betonte. „Ich kann kein Portugiesisch, aber Hunsrücker Platt – und damit kam ich durch.“

Die „Partnerschaft Sponheim-São Lourenço“ präsentierte Norbert Esser. In seinem Dorf in der VG Rudesheim war die Ahnenforschung über die Auswanderer nach Brasilien bis 1991 kein Thema. „Plötzlich stand jemand aus São Lourenço do Sul vor unser 1000 Jahre alten Kirche“, schilderte Esser. Das Gebäude war dem Nachfahren eines Auswanderers ein erster Anhaltspunkt bei der Ahnenforschung, weil von einer Postkarte bekannt.

Für den Dorfhistoriker Erich Schauß war es keine große Herausforderung, dem Gast die Verbindung zu dessen Heimatstadt in Brasilien zu erschließen. Das Ergebnis dieser folgenreichen Begegnung sind bis heute sieben Gruppenreisen Sponheimer Bürger in die neue Heimat ihrer Auswanderer. Zweimal waren Gruppen aus São Lourenço in Sponheim zu Gast.

Im Jahr 1994 stellten die Sponheimer durch die Vereinsgründung der „Partnerschaft“ ihre Arbeit auf formale Füße. Sie mündete in einer permanenten finanziellen Unterstützung der brasilianischen Region, bei der bis heute rund 200 000 Euro der Sponheimer Bürger eingesetzt werden konnten. „Ein stolzer Betrag für einen 850-Seelen-Ort“, findet Esser.

Auch die Brasilianer leisten ihren Beitrag zur Erforschung der Geschichte der deutschen Immigration und deutschen Kultur in Brasilien. Leiter Eckhard Kupfer stellte die Entwicklung und Angebote des Martius-Staden-Instituts vor, dessen Wurzeln in der Gründung eines Lehrervereins an der Deutschen Schule in São Paulo im Jahre 1916 liegen. „Der Verein war ursprünglich eine kleine Gewerkschaft, die sich für die deutschen Lehrer um Themen wie die Krankenversicherung kümmerte und Rückkehrwilligen die Heimreise organisierte“, erläuterte Kupfer.

Seit 1925 werden in São Paulo auch Dokumente gesammelt, die Zeugnis der deutschen Einflüsse in Brasilien geben. Sprachunterricht – sowohl „Deutsch für Brasilianer“ als auch „Portugiesisch für Deutsche“ – gehörte bald zum Programm. Die Bibliothek hält heute mit seinen 40 000 Bänden den größten Bestand an Literatur zur deutschen Einwanderung in Brasilien bereit. Seit 1956 gibt es auch Jahrbücher, die einen besonders guten Überblick über die Entwicklungen geben.

Das Schlusswort zu den Redebeiträgen hielt Professor Franz-Josef Felten vom Institut für Geschichtliche Landeskunde Mainz. „Ich bin überrascht von der Vielfältigkeit der Aktivitäten“, bekannte er. Er empfahl einen Blick in das vom Institut herausgegebene Internet-Portal „regionalgeschichte.net“, das so konzipiert ist, dass auch Laien dort Seiten mit Darstellungen und Informationen erstellen können.



Auch den brasilianischen Generalkonsul, Cezar Amaral (3. v. re.), konnte Landtagspräsident Joachim Mertens unter den Gästen der Vortragsveranstaltung begrüßen. Unser Foto zeigt weiter von rechts, Eckhard Kupfer vom Martius-Staden-Institut Sao Paulo, Graf Carlos Frederico Schaffgotsch, Vorstand des Brasilianischen Kulturzentrums in Frankfurt, Roland Paul vom Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde und die Landtagsabgeordneten Hans-Josef Bracht (CDU) und Manfred Geis (SPD).



Mit dem Abschluss der Präsentationen war die Veranstaltung noch nicht zu Ende: Weiter ging es im Foyer des Landtages mit einer kleinen Feier aller Besucher, die sich dabei Info-Tafeln und Ausstellungsstücke zum Thema betrachteten. Dort hingeführt wurden die Zuhörer von den „Neuen Wandermusikanten“ aus Kusel, die bereits im Sitzungssaal für eine hochklassige musikalische Auflockerung der Veranstaltung gesorgt hatten.